

Griechenland: Orthodoxe Kirche kämpft gegen Ehe für alle

Im kommenden Monat wird in Griechenland gewählt, und sollte die grösste linke Oppositionspartei gewinnen, so verspricht deren Vorsitzender, dann werde man die Ehe für alle legalisieren, und zwar mit sämtlichen Elternrechten. Sollte ihnen dies gelingen, so wäre Griechenland das erste Land mit einer christlich-orthodoxen Mehrheit, welches die Ehe für alle öffnet.

Bislang stemmte sich die griechisch-orthodoxe Kirche mit allen Kräften gegen sämtliche Rechte für queere Menschen und ging bereits vor der Einführung des Partnerschaftsgesetzes im Jahr 2015 mächtig auf die Barrikaden. Der damalige Premierminister Alexis Tsipras war für die Einführung verantwortlich, und er ist es nun als Anführer der grössten, linken Oppositionspartei Syriza erneut, der in Bezug auf die Rechte für LGBTI+ weiter vorprescht.



Am 21. Mai finden in Griechenland Parlamentswahlen statt und Tsipras stellt sich dann als Gegenkandidat zum amtierenden Premierminister eines Mitte-Rechts-Bündnis, Kyriakos Mitsotakis, zur Wahl. Zwar liegt er als Herausforderer derzeit noch weit zurück, doch der Abstand zum amtierenden Premier ist in den vergangenen Wochen stark geschmolzen, nicht zuletzt nach dem tragischen Zugunglück.

In einer Videobotschaft, welche Tsipras für seine Jungpartei aufgezeichnet hat, verspricht er nun, dass mit seinem Wahlsieg auch die Zeit kommen würde, in der alle Paare die vollen Rechte haben werden, und zwar unabhängig vom Geschlecht. Dabei bezieht er sich explizit auch auf das Adoptions- und das Elternrecht, welches vollkommen gleichgestellt werden soll. In seiner Ansprache nahm er dabei auch Bezug auf eine Entschliessung, welcher das Europäische Parlament 2021 zugestimmt hat, welche die gleichen Rechte für gleichgeschlechtliche Paare vorsieht, in allen Lebensbereichen.

Mit dem EU-Beitritt im Jahr 1981 gehört Griechenland zu den ältesten Mitgliedern der Union. Von diesen hat neben Griechenland einzig Italien bislang die Ehe nicht für gleichgeschlechtliche Paare geöffnet. Die LGBTI+ Community im Land fordert diesen Schritt schon lange, ist aber bislang am massiven Widerstand der Kirche und der konservativen Parteien gescheitert.